

Fragen

für die Fragestunde der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. März 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14, 15	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 22
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	32, 33
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	13	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	10	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	18, 19	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	31, 34
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	35, 36
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	26, 27
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 28	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	37, 38
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche neuen Kenntnisse hat die Bundesregierung – insbesondere auch die deutsche Auslandsvertretung in Ungarn – über die Novelle des ungarischen Atomgesetzes seit ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 18/9128, und inwieweit plant sie, auf der anstehenden 7. Überprüfungskonferenz der Konvention zur nuklearen Sicherheit (CNS) in Wien vom 27. März bis zum 7. April 2017 die Abweichung von völker- und europarechtlichen Anforderungen an eine handlungsfähige und unabhängige Atomaufsicht, die mit der Gesetzesänderung einhergehen, gegenüber Ungarn und anderen Partnern zu thematisieren (bitte erläutern)?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zählt der gezielte Flugzeugabsturz auf ein Atomkraftwerk (AKW) zu den für die AKW-Sicherheit oder -Sicherheit maßgeblichen Lastannahmen oder nicht (bitte mit ausführlicher Begründung), und falls nein, inwiefern ist die anderweitige Regelung ähnlich oder weniger verbindlich als der Lastannahmenansatz (bitte ausführlich darlegen)?

3. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zum nachhaltigen Schutz unseres Trinkwassers zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Grundwasseruntersuchungen der Wasserwirtschaft im Einzugsgebiet von Trinkwasserbrunnen, und welche sich hieraus ergebenden Maßnahmen dazu ergreift sie über die aktuelle Reform der Düngegesetzgebung hinaus?

4. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über verschwundenen Müll (Verpackungsmüll, Elektroschrott, Altautos), und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

5. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, aus heutiger Sicht zu der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern im Juni 2015 durch sie persönlich an den Münchner Toxikologen Prof. Dr. Helmut Greim aufgrund

seiner „Leistungen zum Schutz von Mensch und Umwelt“ (vgl. www.bmub.bund.de/service/mediathek/fotos/detailview/?tx_cpsbmugallery_pi1%5BshowUid%5D=49973 und <https://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/detail/article/32544/>), und welchen Handlungsbedarf leitet das Bundesumweltministerium aus den Vorwürfen gegenüber Prof. Dr. Greim ab, er habe einem durch Monsanto-Mitarbeiter verfassten wissenschaftlichen Artikel, der den Krebsverdacht gegen den Pestizidwirkstoff Glyphosat zerstreuen sollte, gegen Geld seinen Namen als Erstautor geliehen und den resultierenden Interessenkonflikt in Bezug auf die Unabhängigkeit seiner Aussagen im Rahmen von Expertenstatements wiederholt verschwiegen (www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/gekaufte-expertise-100.html, ab 2:30 min)?

6. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht das Bundesumweltministerium (BMUB) vor dem Hintergrund der aktuellen Manipulationsvorwürfe gegen Monsanto in Bezug auf Glyphosat-Studien (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/glyphosat-wie-monsanto-ein-verbot-von-glyphosat-verhindert-1.3429242), der Manipulierung von Studien – und damit von behördlichen Risikobewertungsprozessen – durch Unternehmen in Zukunft durch geeignetere Regularien besser vorzubeugen, und wie verhält sich das BMUB vor diesem Hintergrund zu den Vorschlägen, kurzfristig, wenn möglich auch auf nationaler Ebene, eine behördliche Registrierungspflicht von Zulassungsstudien vor der Durchführung einzuführen, damit deren Ergebnisse im Nachgang gezielt abgefragt werden und nicht einfach in der Schublade verschwinden können, bzw. mittelfristig bei den für die Zulassung vorgeschriebenen Studien eine Entkoppelung von Finanzierung (durch die Unternehmen), Vergabe (durch Behörden) und Durchführung (durch unabhängige Labore) zu etablieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

7. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Mitteln soll der angekündigte Digitalpakt#D (<https://www.bmbf.de/de/wanka-deutschlands-schulen-fit-machen-fuer-die-digitale-welt-3419.html>) finanziert werden, und warum tauchen generell keine Investitionen für Digitalisierung im Bildungsbereich in dem gerade verabschiedeten Eckwertebeschluss auf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden „in jedem Jahr sehr viele Positionen, [...] nicht voll ausgeschöpft“ (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel auf meine Mündliche Frage 9, Plenarprotokoll 18/224; bitte die nicht ausgeschöpften Positionen der letzten drei Jahre nach Jahren und Haushaltstitel auflisten), und welche konkreten internationalen Bestrebungen zur „Bekämpfung illegaler Finanzströme oder [...] Beförderung von Steuermehraufkommen in Afrika“ (Antwort auf meine Mündliche Frage 9, Plenarprotokoll 18/224) unterstützt die Bundesregierung?
9. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen „reformorientierten Regierungen“ (Stuttgarter Zeitung, 24. März 2017, S. 4) möchte die Bundesregierung im Rahmen des „Marshallplans mit Afrika“ des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, Reformpartnerschaften eingehen (bitte Kriterien für die Auswahl der Partner und ggf. bereits erfolgte Sondierungsgespräche benennen), und auf welchen Zeitraum beziehen sich die 300 Millionen Euro, mit denen der Marshallplan laut dem Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller startet (Stuttgarter Zeitung, 24. März 2017, S. 4) (bitte nach Jahren und Haushaltstiteln auflisten)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

10. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auflistung von persönlichen Angaben deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten, Personen des öffentlichen Lebens u. a.) auf der Internetseite der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Mirotworez („Friedensstifter“, <https://psb4ukr.org/criminal/>) in der Kategorie „Tschistilische“ (Fegefeuer), auf der auch die zwei ukrainischen Regierungskritiker Oles Busyna und Oleh Kalaschnikow vor ihrer Ermordung geführt wurden, und welche Schritte hat die Bundesregierung zur Entfernung der Daten auf der oben genannten Internetseite aufgelisteten deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gegenüber der ukrainischen Seite unternommen?
11. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die bereits dritte Vertagung der Kommunalwahlen auf den Malediven durch die Regierung von Präsident Abdulla Yameen, und auf welche Weise beabsichtigt sie, sich – vor dem Hintergrund der Vorwürfe von Verzögerungstaktiken des demokratischen Prozesses (vgl. <http://mdp.org.mv>) – für die Einhaltung des neuen Termins am 6. Mai 2017 einzusetzen?
12. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Ermittlungen der nepalesischen Behörden im Fall von Krishna Prasad Adhikari, der im Jahr 2004 von Mitgliedern der United Communist Party of Nepal-Maoists getötet wurde und dessen mutmaßliche Täter nicht vor Gericht gestellt wurden (vgl. www.hrw.org/news/2014/09/26/nepal-adhikari-death-highlights-injustice)?
13. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Durch welche konkreten eigenen Ermittlungen (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe, Peschmerga-Kräfte der Barzani-Regierung (KDP) hätten von Deutschland an diese gelieferte Waffen gegen Jesiden im Shengal-Gebirge an der Grenze des Irak zu Syrien eingesetzt, die vorliegenden Informationen auf Faktengehalt geprüft (Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche

Frage 15 der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Plenarprotokoll 18/224), und welche plausible Erklärung wurde der Bundesregierung seitens des Amtes für Außenbeziehungen der Regionalregierung Kurdistan-Irak bzw. des Peshmerga-Ministeriums der Regionalregierung Kurdistan-Irak unter anderem zu dem Filmmaterial der Nachrichtenagentur ANF sowie dem Fernsehsender Rudaw gegeben (www.spiegel.de/politik/deutschland/irak-kurdenmiliz-kaempft-offenbar-mit-deutschen-waffen-gegen-jesiden-a-1137481.html)?

14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die Vorbeitritts-hilfen nur eingefroren werden können, wenn gleichzeitig auch die Verhandlungen an sich gestoppt werden, und worin sieht die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass laut Erweiterungs- und Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn bereits einzelne Programme eingestellt wurden, wo es keine entsprechenden Fortschritte gab (etwa im rechtsstaatlichen Bereich) und angesichts der Entwicklungen in der Türkei der letzten Jahre (vor allem nach dem gescheiterten Putschversuch) – den konkreten Erfolg der Maßnahmen der EU-Vorbeitritts-hilfen, die in die Bereiche Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratieentwicklung, Bildung und Wissenschaft sowie Zivilgesellschaft geflossen sind (www.bundespresseportal.de/international/27-international/eu-fordert-tuerkei-auf-ueberzogene-aussagen-und-aktionen-zu-unterlassen-eu-tuerkeiabkommen.html)?

15. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlicher) zu, dass die in Teilen vom libyschen Präsidentenrat (PC) unter Premierminister Fayeze Sarraj unterstützte Milizenallianz Benghazi Verteidigungsbrigaden (BDB) Verbindungen zu Al-Qaida hat, und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlicher) zu, dass die BDB als faktischer Bündnispartner gegen General Khalifa Haftar vom PC nicht mehr als „terroristisch“ eingestuft wird, in der Hoffnung, dadurch Druck auf Haftar auszuüben, der gegen die Muslimbrüder und mit ihnen verbündete islamistische Milizen vorgeht, was ihm die Unterstützung Ägyptens

und Russlands einträgt (<https://www.heise.de/tp/features/Libyen-Russland-versucht-ein-alternatives-Projekt-3651431.html?seite=2>)?

16. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung ihre Unterstützung der libyschen „Einheitsregierung“, die von westlichen Regierungen eingesetzt und abhängig ist, aber im Land keine Unterstützung findet und vom libyschen Parlament nicht anerkannt wird, überdenken und einstellen angesichts dessen, dass die Lage im Land immer beunruhigender und bald nicht mehr handhabbar ist (dpa vom 22. März 2017) sowie die Situation für Hunderttausende von Flüchtlingen unerträglich ist, und wird die Bundesregierung stattdessen Gespräche mit den Stammesführern, die in Libyen traditionell und noch heute Anerkennung genießen, suchen und sich bemühen, Verhandlungen zu initiieren, weil nach meiner Auffassung nur so eine Chance besteht, eine Regierung zu bilden, die die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung erreichen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zu Grund und Rechtfertigung von Vorsprachen und Warnungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei Geldinstituten in Deutschland wegen der Einrichtung und Unterhaltung von Konten türkischer Gruppen, Vereine und Institutionen, und welche Kriterien im Einzelnen legt das BfV bei der Auswahl der türkischen Gruppierungen zugrunde, vor denen es die deutschen Geldinstitute warnt?
18. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Gab es im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens Vorhaben, Vertreterinnen und Vertreter türkischer Behörden im BAMF einzusetzen, und wie viele ehemalige oder aktuelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus türkischen Behörden sind im Moment im BAMF tätig (bitte nach Funktion sowie Beschäftigungszeitraum im BAMF auflisten)?

19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Hinweise oder Änderungen im Ausländerzentralregister haben sich ergeben infolge der Initiative des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom 15. Februar 2017, mit der die Ausländerbehörden zur genaueren Zuordnung der überwiegend gespeicherten „sonstigen Gründe“ für Duldungen bis zum 15. März 2017 aufgefordert wurden (bitte genau auflisten, welche Änderungen und Hinweise es gegeben hat und wie sich die genauere Verteilung der Duldungsgründe nach den Rückmeldungen darstellt), und inwieweit wird bei der von der EU-Kommission bemängelten „Rückführungsrate“ in Höhe von 36 Prozent (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2017: „Abschieben leicht gemacht“ und Mitteilung der Kommission vom 2. März 2017, erneuerter Aktionsplan, COM(2017) 200 final) nach Auffassung der Bundesregierung ausreichend berücksichtigt, dass auch bei abgelehnten Asylsuchenden humanitäre, rechtliche oder andere Gründe einer Abschiebung entgegenstehen können, die im Zeitverlauf auch zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis führen können (vgl. Bundestagsdrucksache 18/11388, Antwort zu Frage 30, bitte ausführen)?
20. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher Erwägungen hält die Bundesregierung die Regelung im Datenaustauschverbesserungsfortentwicklungsgesetz, wonach das Verfahren der Identifizierung und Erstunterbringung unbegleiteter Minderjähriger nicht länger durch die Jugendämter, sondern durch die Bundespolizei oder in Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene erfolgen soll, für vereinbar mit der völkerrechtlichen Pflicht zur vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht sie aus der Einschätzung des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V., dass zahlreiche Aufnahmeeinrichtungen nicht kindgerecht sind (Pressemitteilung vom 22. März 2017)?
21. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Ansbach vom 14. Februar 2017 (AN 6 K 16.01533), wonach sich „eine gute Bleibeperspektive [...] neben der Herkunft des Ausländers aus einem Land mit einer hohen Anerkennungsquote auch aus einer belastbaren Prognose für einen erfolgreichen Asylantrag im Einzelfall ergeben [kann]“ (Rn. 15), in Hinblick auf

den Zugang von afghanischen und weiteren Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu den Integrationskursen und weiteren Integrationsangeboten, und inwiefern hält sie es für integrationspolitisch sinnvoll, Menschen, die unter anderem angesichts einer langen Verfahrensdauer und einer hohen Anerkennungsquote auf absehbare Zeit in Deutschland bleiben werden, durch den Ausschluss vom Zugang zu den Integrationskursen während des Asylverfahrens den frühzeitigen Erwerb von Deutschkenntnissen deutlich zu erschweren?

22. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Bundesstützpunkten ist die Bundesregierung im Rahmen der Spitzensportförderreform bezüglich einer Schließung im Gespräch, und wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

23. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung das so genannte INSIKA-Verfahren in alle Arten von Taxametern zu integrieren, um so Steuerbetrug im Taxigewerbe wirksam zu unterbinden, und wenn nein, warum nicht?
24. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Ergänzungen zum Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen, die weitergehende Regelungen zu Fiskaltaxametern enthalten, und wenn nein, warum nicht?
25. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Berechnungen bzw. Überprüfungen des Bundesfinanzministeriums gab es auf Grundlage des Briefes des Parlamentarischen Staatssekretärs Jens Spahn zur Pkw-Maut, wonach das Bundesfinanzministerium „keine Veranlassung [sieht], die Annahmen der Verkehrsexperten des BMVI zu bezweifeln“ (siehe www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/pkw-maut-spd-stimmt-gesetz-von-alexander-dobrindt-zu-a-1139614.html), und

wird die Bundesregierung den Forderungen des Bundesrates bei der Pkw-Maut folgen (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

26. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschäftigte mit Behinderungen waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2007, 2012, 2014, 2015 und 2016 in Werkstätten für behinderte Menschen tätig, und wie viele Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgten jeweils in diesen Jahren?
27. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Arbeitsentgelt von Beschäftigten im Arbeitsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen jeweils in den vergangenen fünf Jahren, und welche sind die fünf Wirtschaftsabteilungen mit dem größten Auftragsvolumen an Werkstätten für behinderte Menschen (bitte in Euro beziffern)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

28. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Export von Gammelfleisch (u. a. mit krebserregenden Stoffen) aus Brasilien vor (siehe u. a. www.welt.de/wirtschaft/article162969091/Gammelfleisch-mit-krebserregenden-Stoffen-gefunden.html), und wie viele Tonnen Fleisch aus Brasilien wurden in den vergangenen zwölf Monaten nach Deutschland exportiert?

29. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch in Deutschland seit dem Jahr 2007 entwickelt, und wie hat sich der Verbrauch von Schweinefleisch in Deutschland durch menschlichen Verzehr (ohne Knochen, Futter, industrielle Verwertung, Verluste) seit dem Jahr 2007 entwickelt (bitte jeweils Jahreswerte angeben)?
30. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der schweinehaltenden Betriebe in Deutschland seit dem Jahr 2007 entwickelt, und wie hat sich die Anzahl der in Deutschland gehaltenen Schweine seit dem Jahr 2007 entwickelt (bitte nach Jahr und Haltungsverfahren Vollspaltenböden, Teilspaltenböden oder planbefestigter Boden mit Einstreu entsprechend der Kategorisierung im Statistischen Jahrbuch auflisten)?
31. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Lobbyisten aus der Tabakindustrie haben sich Vertreter der Bundesregierung im Laufe der vergangenen zwölf Monate getroffen, und was wurde dabei auch hinsichtlich eines Tabakwerbeverbots besprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

32. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise werden innerhalb der Anti-IS-Koalition die Ergebnisse sog. Battle Damage Assessments (bzw. entsprechender Operationsbilanzierungen unter anderer Bezeichnung) geteilt (bitte begründen, falls diese Art der Informationsteilung nicht stattfindet), und wie lassen sich gemeinsame Lagebilder als Voraussetzung gemeinsamer erfolgreicher Operationen erstellen, falls diese Art der Informationsteilung nicht stattfindet?

33. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung mit Blick darauf, dass bei Anti-IS-Operationen mit zivilen Opfern einerseits darauf verwiesen wird, dass alles Mögliche zur Vermeidung ziviler Opfer getan werde, und andererseits darauf, dass sie über keine gesicherten Informationen zu zivilen Opfern in Syrien und Irak verfüge, der Auffassung, dass das angebliche Nichtwissen der Bundesregierung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 35 der Abgeordneten Katja Keul, Plenarprotokoll 18/224) über durch Anti-IS-Koalitionsmitglieder verursachte zivile Opfer die Bundesregierung von der Mitverantwortung als aktives Mitglied der Anti-IS-Koalition entbindet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

34. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt das Bundesgesundheitsministerium die zu einem möglichen Verbot des Versandhandels rezeptpflichtiger Medikamente geäußerten verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Bedenken (vgl. ÄrzteZeitung vom 20. März 2017)?
35. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand des Vorhabens des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD, „das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung [zu] überarbeiten“, und bis wann ist mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundestag zu rechnen?
36. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand des Vorhabens zur Reform des Medizinstudiums, und bis wann ist mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundestag zu rechnen?

37. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie weit sind die Anstrengungen der Bundesregierung im Koalitionsausschuss gediehen (www.deutscher-pflegerat.de/presse/Pressemitteilungen/1747.php), das Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) abzuschließen, und an welcher Stelle sieht die Bundesregierung in Bezug auf den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 18/7823 noch in dieser Legislaturperiode dringenden Handlungsbedarf?
38. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Anstrengungen gibt es seitens der Bundesregierung, die Intentionen des Antrages auf Bundestagsdrucksache 18/7414 im Koalitionsausschuss einzubringen, damit das Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) noch in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

39. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was versteht die Bundesregierung in Bezug auf das Personenbeförderungsgesetz unter dem Begriff „vollständige Barrierefreiheit“, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Aufgabenträger die Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit bis zum Jahr 2022 für nicht erreichbar halten (siehe S. 47 bis 49 des Berichtes des BMVI nach § 66 des Personenbeförderungsgesetzes) und die Bundesregierung selbst die „zeitgerechte Umsetzung nicht für möglich hält“ (Antwort auf meine Mündliche Frage 51, Plenarprotokoll 18/217)?
40. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Geld hat die Deutsche Bahn AG aus Mitteln der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) in den einzelnen Jahren 2014, 2015 und 2016 jeweils für Maßnahmen der Barrierefreiheit an Bahnhöfen eingesetzt, und nach welchen Kriterien gibt der Bund Vorgaben bezüglich der Bahnsteighöhe an Bahnhöfen (vgl. zum Beispiel in Geislingen an der Steige)?

